

überdies könnte ein — wie auch immer — erfolgreicher Brandt dem Kanzler die Show stehlen, die Schmidt im Spätherbst vom Besuch des KPdSU-Generalsekretärs in Bonn erhofft.

Befremdet war Schmidt vollends, weil der SPD-Vorsitzende seine Moskau-Mission aufwerten und einen Regierungschef von Gewicht mitnehmen wollte: seinen engen Vertrauten Johannes Rau, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen.

Schmidt, von Brandt in den Plan eingeweiht, zögerte seine Zustimmung hinaus. Nun fliegt Brandt ohne Rau nach Moskau, angeblich weil der Besuch eines Regierungschefs protokollarische Probleme gebracht hätte.

Die Moskau-Reise Willy Brandts setzt ein seit längerem schwelendes Unbehagen des Kanzlers über den Kurs des SPD-Vorsitzenden frei. Brandt, so kritisieren Schmidt-Berater, nehme schon lange nicht mehr genug Rücksicht auf den Regierungschef.

So habe Brandts frühzeitige Parteinahme für den französischen Sozialisten François Mitterrand den Bundeskanzler zunächst in eine schwierige Lage gegenüber seinem Freund Valéry Giscard d'Estaing gebracht.

Und nach den Ausfällen des israelischen Premiers Menachem Begin gegen

Schmidt wartete das Kanzleramt zunächst vergebens auf eine hilfreiche Erklärung des SPD-Vorsitzenden, der in Israel höher angesehen ist.

Brandt zögerte lange. Vertrauten stellte er die Frage: „Hat Schmidt eigentlich mal etwas gesagt, wenn es gegen die Emigranten ging?“ Erst auf Drängen von Kanzleramtschef Manfred Lahnstein gab er dem attackierten Schmidt Hilfestellung — sehr zurückhaltend.



Nachrüstungs-Kritiker Gaus  
Nur noch Befehlsempfänger der USA?

Mit Mißvergnügen beobachteten des Kanzlers Helfer auch die Sondereinlagen des Brandt-Vertrauten Egon Bahr. Sein jüngster Ausflug nach Moskau wurde vorher mit Schweigen und nachher mit Häme quittiert. Ein Diplomat im AA über die Visite: „Hat absolut nichts gebracht.“

Dabei glaubt Bahr, in der Sowjet-Union bemerkenswerte Neuigkeiten ausgemacht zu haben. Der SPD-Abrüstungsexperte sieht Anhaltspunkte dafür, daß die Russen zu einem ersten wichtigen Schritt in Richtung Rüstungskontrollverhandlungen bereit sein könnten: Wie es scheint, wollen sie nicht länger auf ihrer bisherigen Zählweise für das atomare Gleichgewicht beharren, bei der sie ihre hochmodernen SS-20-Raketen gegen leichter abzuwehrende Flugzeuge der Nato aufrechnen. Bequemen sich die Russen aber zum separaten Zählen von Raketen und Flugzeugen, müßten sie ihre Überlegenheit bei den Mittelstreckenraketen zugeben.

Ungebetenen Rat erteilt seit neuestem noch einer, der beim Kanzler nicht gut angesehen ist: der ehemalige Bonner Vertreter in Ost-Berlin, Günter Gaus, den Schmidt letzten Herbst abgelöst hatte. Er wird schon bald dem SPD-Chef als deutschlandpolitischer Berater assistieren.

## Gegen den begrenzten Krieg

Auszug aus dem Thesenpapier von Günter Gaus

1. Die derzeitige Rüstungsdebatte in den Nato-Ländern, vor allem in der Bundesrepublik, muß *repolitisiert* werden. Selbst Gegner der Nato-Nachrüstung, die wegen ihrer Gegnerschaft überlegen, ob die Mittelstreckenraketen nicht besser auf Schiffen stationiert werden sollten, diskutieren bereits unpolitisch: Sie diskutieren auf der Argumentationsebene der Militärmaschine.

Wir werden (wenn überhaupt) aus dieser Sache nur unbeschädigt herauskommen, wenn wir die Selbstverständlichkeit zurückgewinnen, mit der wir das *politische Problem* des Gleichgewichts des Schreckens in den vergangenen Jahrzehnten *politisch* behandelt haben. Nur auf diese Weise kann die Logik der Militärargumente als Pseudologik entlarvt werden.

2. Ohne jeden Zweifel ist es das politische Interesse der USA, die Möglichkeit für einen militärischen Konflikt mit der Sowjet-Union zu schaffen, ohne daß das US-Territorium unmittelbar betroffen wird. Durch die Verkürzung der Argumentation in der Bundesrepublik auf militärische Fragen ist auch ver-

deckt worden, daß der Kern der Auseinandersetzung darin besteht, einen nuklearmilitärischen Konflikt (in Europa) möglich zu machen.

3. Eingeführt werden in die Diskussion muß die Frage, was ein Bündnis noch taugt, wenn die Hälfte der Völker, die im Bündnis zusammengeschlossen sind, einen von den Militärexperten erzwungenen Schritt ablehnt. An dieser Stelle stellt sich die Frage nach der Definition der Nato. Wenn tatsächlich die US-Pershings in der Bundesrepublik Deutschland stationiert werden sollten, obwohl knapp gerechnet 50 Prozent der westdeutschen Bevölkerung mit dieser Sinnerfüllung der Nato nicht übereinstimmen, dann wird Westdeutschland damit zur amerikanischen Provinz im Sinne des Römischen Imperiums.

Diese Frage gründet so tief, daß man nicht zulassen darf, sie von den Militärexperten in Uniformen und in Zivil veralbern zu lassen. Wir müssen in der Argumentation bei Null wieder beginnen:

Wir beginnen bei der Forderung, daß das oberste Ziel bleiben muß, jeden Krieg auszuschließen. Wir

bleiben einfach entgegen jeder Raketenzählerei bei der Forderung, die Militärs hätten ein nukleares Schreckenspotential aufzubauen und zu pflegen, das nicht durch Abstufungen auch nur theoretisch begrenzte Kriege möglich macht, sondern in seiner simplen, brutalen Form jeden Krieg mindestens theoretisch ausschließt — weil im anderen Fall alle tot wären, bis hin nach San Francisco und Wladiwostok.

Wir unterstellen, daß die Sowjet-Union ihre Mittelstreckenwaffen modernisiert hat und diese auf West-Europa gerichtet sind. Wir akzeptieren, daß damit die nukleare Vernichtung West-Europas möglich ist, sofern das Interesse der Sowjet-Union daran größer wird als jedes andere Interesse, das sie hat.

Werden wir erreichen können, daß die anderen Interessen der Sowjet-Union stets größer bleiben als das Interesse an der nuklearen Vernichtung West-Europas?

Wir müssen zurück zu den Grundeinsichten. Wir wollen so wenig wehrlos sein, wie wir es dank des großen Knüppels über drei Jahrzehnte hin gewesen sind. Wir wollen nicht durch neue nukleare Waffensysteme erreichen, daß nur noch der totale Krieg ausgeschlossen ist, der begrenzte aber geführt werden kann.